

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

### Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Fernsprecher 27.  
Telegraphen-Adresse: Zeitung.



### Anzeigen

werden die sechsgepaltene 3 mm hohe (Netto-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet, auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Kleinanzeigen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorchrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen in Volkshausbank Frankfurt a. Main Nr. 2771.  
Annahmehöhe für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 116.

Donnerstag, den 1. Oktober 1925.

18. Jahrgang.

Wer weiß zu leben? Wer zu leiden weiß;  
Wer zu genießen? Der zu meiden weiß;  
Wer ist der Reiche? Der sich beim Ertrag  
Des eignen Fleißes zu bescheiden weiß.

## Die Gletscherspalte von Locarno.

Das diplomatische Zwischenstück, das durch die Aufhebung der Kriegsschuldfrage seitens der Reichsregierung veranlaßt war, ist beendet, schneller als man geglaubt hat. Es geht nunmehr endgültig fest, daß am 5. Oktober in Locarno die Sicherheitskonferenz beginnt. Für die Verhandlungen hat der Gemeinderat den großen Saal des Gerichtsgebäudes zur Verfügung gestellt. Der französische Außenminister Briand und die englische Delegation unter Leitung Chamberlains werden bereits Ende der Woche nach Locarno abreisen.

So wäre, äußerlich betrachtet, alles in Ordnung. Aber es kann doch nicht geleugnet werden, daß der Inhalt der Konferenz von Locarno nicht eben vielversprechend ist. Das ergibt sich deutlich aus dem jetzt im Wortlaut veröffentlichten diplomatischen Notenwechsel. Es geht daraus klar und deutlich hervor, daß zwischen dem deutschen Standpunkt und dem französisch-englischen ein Abgrund klafft, der schwer zu überbrücken sein wird. Und ebenso schwer wird es sein, sich über den Abgrund hinweg die Hand zu reichen. Man glaubt nun eine salomonische Lösung gefunden zu haben, indem man beiderseits vorläufig den Abgrund als nicht vorhanden betrachtet. Gerade in der Schweiz sollte man aber wissen, daß das nicht unangelegentlich ist. Schon mancher undurchsichtige Hochwortschwallbe ist dort in eine Gletscherspalte gestürzt, und wenn Locarno auch nicht gerade Gletscher heißt, so wird es doch nicht an Gelegenheiten fehlen, hineinzustellen, wenn man Abgründe nicht beachtet.

Die Meinungsverschiedenheiten sind nicht durch die deutsche Antwort auf die Einladung hervorgerufen worden. Diese Note ist nur ganz kurz und sachlich gehalten. Die deutsche Regierung versichert, daß sie den Wunsch der alliierten Regierungen, die Verhandlungen über den Sicherheitspakt nicht in die Länge zu ziehen, durchaus teilt. Sie erhofft auch wieder von einem Zusammentreffen der Regierungsmitglieder der beteiligten Länder eine Beschränkung der endgültigen Lösung der zur Erörterung stehenden Probleme und stimmt daher gemäß ihrer Note vom 27. August dem Vorschlag zu, diese Zusammenkunft als bald stattfinden zu lassen. Als Zeitpunkt für die in der Schweiz geplante Zusammenkunft schlägt sie den 5. Oktober vor.

Dieser kurzen Note ist aber ein längeres Memorandum beigelegt worden, das die deutschen Wünsche in Bezug auf die Kriegsschuldfrage und die Klärung der Röhler Zone enthält. Es handelt sich hierbei nicht um Vorbehalte bezüglich der Annahme der Einladung, wohl aber wird man hierin Vorbehalte betrachten müssen, die bei der endgültigen Einigung über den Sicherheitspakt beachtet werden müssen. Der Konflikt ist also zunächst nur vertagt, nicht aber aus der Welt geschafft worden.

## Das deutsche Memorandum

schlägt einleitend aus, die deutsche Regierung wolle die Beginn der wichtigen Besprechungen in aller Offenheit ihren Standpunkt in zwei Fragen bekanntgeben, die mit diesen Besprechungen in engem Zusammenhang stehen.

### Zur Kriegsschuldfrage

Die alliierten Regierungen haben in dem vorausgehenden Notenwechsel den Abschluß eines Sicherheitspaktes von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund abhängig gemacht. Die Deutsche Regierung hat der Verbindung der beiden Probleme nicht widersprochen, sieht sich dadurch aber vor die Notwendigkeit gestellt, auf einen Punkt zurückzukommen, den sie im Zusammenhang mit der Völkerverbandsfrage gegenüber den im Völkerverband vertretenen Regierungen bereits in ihrem Memorandum vom September 1924 zur Sprache gebracht hat.

Sie wiederholt aus diesem Memorandum die Erklärung, daß der etwaige Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund nicht zu verstanden werden darf, als ob damit die zur Begründung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands aufgestellten Bedingungen anerkannt würden, die eine monatliche Befragung des deutschen Volkes in sich schließen. Sie glaubt, daß die in diesem Sinne am 20. August 1924 von der damaligen deutschen Regierung erlassene öffentliche Kundgebung dem Ziele der Verständigung und einer aufrichtigen Verühnung der Völker dient, und macht sich ihrerseits diese Kundgebung ausdrücklich in dem Wunsche zu eigen, dadurch den Zustand gegenseitiger Achtung und innerer Gleichberechtigung herzustellen, der die Voraussetzung für einen Erfolg der jetzt in Aussicht genommenen vertrauensvollen Aussprache bildet.

Weiter wird dann als notwendig erklärt, daß vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund und vor dem Abschluß des Sicherheitspaktes noch ein anderer Streit aus der Welt geschafft werden müsse. Dies sei die Klärung der nördlichen Grenzlinie und die endgültige Bereinigung der deutschen Entwaffnungsfragen. Es heißt darüber weiter:

„Solange der gegenwärtige, von deutschen Völkern als Unrecht empfundene Zustand der Verlängerung der Befragung eines großen deutschen Gebietes fortdauert, kann das Vertrauen auf friedliche Entwicklung, von dem die Weltfriedenspolitik der in Aussicht genommenen internationalen Vereinbarungen abhängt, nicht wiederhergestellt werden.“

Zum Schluß spricht die Reichsregierung die Hoffnung aus, daß diese Mitteilungen in dem gleichen Geiste der Loyalität aufgenommen werden würden, dem sie entpfehlen seien.

## Der Widerruf der Kriegsschuldfrage.

Der am 29. August 1924 nach Annahme der Dawesgelei durch den Reichstag vom Kabinett Marx ausgesprochen wurde und der nunmehr in dem Memorandum der Reichsregierung aufgenommen worden ist, besagt in seinem wesentlichen Teil:

„Die Reichsregierung kann und will diesen bedeutungsvollen Augenblick, in dem sie in Durchführung des Versailleser Vertrages schwere Verpflichtungen auf sich nimmt, nicht vorbeistehen lassen, ohne in der Kriegsschuldfrage, die seit 1919 mit schwerem Druck auf der Seele des deutschen Volkes lastet, klar und unzweideutig ihren Standpunkt klarzulegen.“

Die uns durch den Versailleser Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Verpflichtung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie diese Verpflichtung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes, von der Kirche dieser lastigen Aufgabe befreit zu werden. Solange das nicht geschehen ist, und solange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gekoppelt wird, kann die wahre Verständigung und Verühnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden. Die Reichsregierung wird Anlaß nehmen, diese Erklärung den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen.“

## Die französische Antwort.

In der französischen Antwort wird zunächst mit Verächtlichkeit festgestellt, daß die Zustimmung Deutschlands zu der Einladung keinen Vorbehalt enthält. Dann heißt es weiter:

„Die gleichzeitig vom Deutschen Völkervertrag überreichte mündliche Erklärung bezieht sich auf zwei Fragen, die in keiner Weise mit den Verhandlungen von Locarno verknüpft werden können, da sie in keiner Beziehung zu der Erörterung des Sicherheitspaktes stehen.“

Was die erste dieser Bemerkungen anlangt, so ist die französische Regierung der Ansicht, daß die Frage durch den Vertrag von Versailles geregelt worden ist, an dem, wie die französische Regierung in ihren Notizen klar zum Ausdruck gebracht hat, die Verhandlung über den Sicherheitspakt keine Änderung vornehmen kann.

Was die Klärung der Röhler Zone und die damit im Zusammenhang stehende Frage der Abrüstung Deutschlands betrifft, so erinnert die französische Regierung daran, daß es nur von Deutschland selbst abhängig ist, ihre Bereinigung durch die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu beschleunigen.“

Zum Schluß wird in der Antwort bemerkt, daß von genommen, daß die deutsche Regierung damit einverstanden ist, daß die in dem deutschen Memorandum niedergelegten mündlichen Bemerkungen nicht so anzusehen sind, als ob sie zu Bedingungen oder Vorbehalten für die Konferenz führten.

## Die englische Antwort

ist auf den gleichen Ton gestimmt, wie die französische. Zur Kriegsschuldfrage wird ausgeführt:

Die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg wird durch den geplanten Pakt nicht aufgeworfen und seiner Majestät Regierung vermag nicht zu erkennen, warum die deutsche Regierung es für angebracht gehalten hat, sie in diesen Augenblick aufzuwerfen. Seiner Majestät Regierung muß bemerkt, daß die Verhandlung über einen Sicherheitspakt den Vertrag von Versailles und ihr Urteil über die Vergangenheit nicht zu ändern vermag.“

## Die Abreise der deutschen Delegation.

Die Abreise der deutschen Delegation zu der Ministerkonferenz in Locarno wird am Sonntagabend in einem Sonderzug erfolgen. Die Delegation besteht aus dem Hauptdelegierten Reichskanzler Dr. Luther und Reichsaussenminister Dr. Stresemann, weiter dem Staatssekretär v. Schuberth vom Auswärtigen Amt, dem Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Kemmerer, Ministerialdirektor Gaus, Ministerialdirektor Kändler von der Reichskanzlei und dem Reichspresseschef Ministerialdirektor Krieb. Außerdem werden noch einige für Einzelfrage sachverständige Beamte, wie z. B. der Referent für Völkerverbandsfragen v. Bülow, der deutschen Delegation beigeordnet werden. Mit dem Hilfspersonal wird Deutschland insgesamt nicht mehr als 25 bis 30 Personen nach Locarno entsenden. Die deutsche Delegation wird über Basel-Luzern oder über Stuttgart-Büdingen am Sonntagabend, etwa um 6 Uhr, in Locarno eintreffen.

## Der Preisabbau.

### Eine Uebersicht über die Regierungsmaßnahmen.

Der Reichskanzler hatte in den letzten Tagen im Beisein der zuständigen Ressortminister zahlreiche Besprechungen mit Vertretern der Wirtschaft über weitere Maßnahmen zur Preisfestigung. So zum Beispiel mit Vertretern des Reichsverbandes der Industrie, der Banken und des Bankiergewerbes.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Preisabbauaktion gibt eine halbamtliche Uebersicht Auskunft. Danach ist in besonderen mit Rücksicht auf die am 1. Oktober in Kraft tretende Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1,5 auf 1 Prozent bei allen in Betracht kommenden Verbänden der Wirtschaft auf eine einheitliche Preisfestigung hingewirkt worden. Entsprechend dem Wesen der Umsatzsteuer kann natürlich die von ihrer Ermäßigung ausgehende Verbilligung am 1. Oktober nur erst dort eintreten, wo der letzte Verkauf im Handel mit der Umsatzsteuer belastet ist.

Auf dem Gebiete der industriellen Erzeugnisse haben die Verhandlungen mit den Verbänden in einer ganzen Anzahl von Fällen zur Zurücknahme von beabsichtigten Preisserhöhungen und zu Preisherabsetzungen geführt.

Den Mißbräuchen im Kartellwesen wird mit aller Schärfe begegnet. Eine Reihe von Klagen vor dem Kartellgericht ist angebracht, um die Fakturierung in fremder Währung und die Preisbindendhaltung zu befeitigen. Andere Klagen, die sich gegen gewisse Preisrabattbestimmungen und Preisbindungen der Abnehmerchaft richten, werden in Kürze folgen.

### Auf dem Gebiet der Ernährung

muß hervorgehoben werden, daß wichtige Lebensmittel, wie z. B. Getreide und Kartoffeln, im Preis im Verhältnis zum Teuerungsdurchschnitt niedrig stehen. Es ist Vorzuzug getroffen, daß der Brotpreis dem sinkenden Getreidepreis folgt.

### Die Preispreise

unterliegen fortgesetzter Kontrolle. So werden nach den Festlegungen der Mittleren Preisprüfstelle Berlin-Brandenburg Angemessenheitspreise ermittelt, deren Ueberschreitung gegebenenfalls mit Schließung der Läden geahndet wird.

### Herabsetzung der Eisenbahntarife für Lebensmittel.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat zur Unterstützung der Maßnahmen der Reichsregierung die jetzt gültigen Frachtsätze für die wichtigsten Lebensmittel, z. B. Kartoffeln, frisches Gemüse und Obst, Butter, Margarine, Seife, Brot, Speisezettel, Speiseöl usw. vom 1. Oktober ab um 10 Prozent ermäßigt. Außerdem sollen in den nächsten Tagen ermäßigte Frachtsätze für Getreid, von Amdreizen nach dem liberalen Deutschland eingeführt werden.

Auch auf eine Herabsetzung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität soll durch Verhandlungen mit den Kommunen hingewirkt werden.



**Die Zinsfrage für öffentliche Gelder.**

Sowohl die Post, die Reichsbankgesellschaft, die Reichsversicherungsanstalt und das Reichsfinanzministerium in Frage kommen, sind herabgesetzt worden. Das Bankgewerbe wird die Kredit- und Akzeptprovisionen vom 1. Oktober ab um 20 Proz. ihrer derzeitigen Höhe, nämlich von 1/2 auf 1/4 Prozent monatlich, ermäßigen und diese Konditionen als Normalfälle ansehen. Die Giroprovisionen für Kredite der Golddiskontbank sind bereits von 3 auf 2 Proz. herabgesetzt worden. Auch die Girogebühren der Banken bei Reichsbanküberweisungen sind in Zukunft gekürzt. Die Gesetzesvorlage über die Aufhebung der Geschäftsaufsicht wird gefördert werden, das sie den Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt beschäftigen kann. Die Frage einer Verabreichung der Gerichts- und Anwaltsgebühren wird im Reichsjustizministerium geprüft.

**Das Urteil gegen Coste.**

5000 Mark Geldstrafe.

Im Verfahren gegen den französischen Flieger Coste erkannte das preussische Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Luftfahrzeugbau vom 5. Mai 1922 und wegen Vergehens gegen das Luftverkehrsgesetz vom 1. August 1922 auf 5000 Mark Geldstrafe bzw. für je 200 Mark einen Tag Gefängnis. Durch die Untersuchung gelten als verurteilt 2600 Mark. Die Ueberschüsse des Flugzeuges werden eingezogen. Die Kosten des Verfahrens hat der Angeklagte zu tragen. Coste erklärte, daß er das Urteil, um die Untersuchungshaft nicht zu verlängern, annehme, aber bitte, ihm die Strafe auf dem Gnadenwege zu erlassen und ihn in Freiheit zu setzen. Hierüber wird das Gericht noch zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden haben.

**In der Urteilsbegründung**

wurde darauf hingewiesen, daß das Gericht eine besondere Notlage der französischen Flieger für Weib und Leben nicht anerkennen konnte. Die Flieger hätten vielmehr ohne Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit die Möglichkeit gehabt, durch Abfliegen der Flugblase Strassburg oder Habsheim bzw. durch Abfliegen in der Richtung Basel das deutsche Gebiet zu vermeiden. Sie haben mit vollem Wissen das deutsche Gebiet überfliegen wollen, um den Rekord und den dafür ausgesetzten hohen Preis zu gewinnen.

**Rundschau im Auslande.**

Nach einer Meldung aus Madrid soll die spanisch-französische Marokko-Offensive sofort beginnen. General Galmeln bereitet in Syrien eine neue Offensive vor. Seine Truppen, die Sueba entsetzt haben, wurden nach Schleifung der Zitadelle auf dem Wasserwege abtransportiert.

**Léon Bourgeois †.**

Der französische Senator Léon Bourgeois, der in früheren Jahren, auch während des Krieges, wiederholt Ministerposten bekleidete und den Vorsitz in Kammer und Senat geführt hat, ist im Alter von 74 Jahren gestorben. Bourgeois war ehemals Vorsitzender der französischen Delegation beim Völkerbund. In den letzten Jahren hatte er sich von der Politik zurückgezogen.

**Die englische Arbeiterpartei gegen die Kommunisten.**

In Liverpool findet zurzeit die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei statt, an der über 1000 Delegierte mit mehr als 320000 Stimmen teilnehmen. Die wichtigste Frage, mit der sie sich zu beschäftigen hatte, war die Auseinandersetzung mit den Kommunisten. Die beiden kommunistischen Anträge auf Angliederung der kommunistischen Partei und auf Zulassung bzw. Verbleiben von kommunistischen Vertretern in den Ortsgruppen der Arbeiterpartei wurden mit 2954000 gegen 321000 bzw. 2870000 gegen 321000 Stimmen abgelehnt.

**Politische Rundschau.**

Berlin, den 1. Oktober 1925. Der preussische Staatsrat stimmte den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der preussischen Wertschuldungsverordnung mit einigen Verbesserungen zu. Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag hat die schwebenden Verhandlungen über die deutsch-polnischen Streitfragen in Oberschlesien auf den Januar verlagert.

Hindenburg gegen Kundgebungen zu seiner Geburtstags. Eine offiziöse Erklärung wendet sich gegen die geplante Besetzung der Häuser anlässlich von Hindenburgs Geburtstags. Danach bittet der Reichspräsident in dankbarer Anerkennung der ihm entgegengebrachten freundlichen Gesinnung zur Vermeidung aller parteipolitischen Auseinandersetzungen alle Kundgebungen, insbesondere die Besetzung, zu unterlassen. Hindenburg wird seinen Geburtstag in aller Stille auf dem Lande verbringen.



Tschischewin

Tschischewin in Berlin. Mittwoch, vormittag traf der russische Außenminister Tschischewin ein auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin ein. In seiner Begleitung befanden sich zwei Beamte des Außenkommissariats und Staatssekretär Stange, der Kommissar entgegengefahren war. Zur Begrüßung hat sich auf dem Bahnhof zahlreiche Mitglieder der Behörden der U. S. S. R. eingefunden. Im Auftrage der Reichsregierung wurde Tschischewin von Staats-

sekretär Dr. v. Sombert und Legationsrat Dr. von Dürsen begrüßt. Zu Ehren des Vizekonsuls für die auswärtigen Angelegenheiten Tschischewin fand am Mittwochabend ein Abendessen bei dem Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann statt. Am Donnerstagabend wird Tschischewin einer Einladung des deutschen Reichsanwalters Dr. Luther Folge leisten.

Der Kampf gegen die Valutaklausel. Die Reichsregierung hat bekanntlich gegen eine ganze Reihe von Verbänden, die ihre Rechnungen vermittels Valutaklausel einer fremden Währung auf der Goldgrundlage aufstellen, Entschädigung durch das Kartellgericht beantragt, falls nicht die Valutaklausel verzichtet und die Fakturierung einfach in Reichsmark vorgenommen würde. Verschiedene Verbände haben bereits daraufhin Rechnungswiederum wollen es dagegen auf die Kartellgerichtliche Entscheidung ankommen lassen. Termin hierfür ist nach dem „Konfessionär“ auf den 1. Oktober angesetzt, sodas also jetzt eine Klärung dieser grundsätzlich wichtigen Frage zu erwarten steht.

**Das Zentrum wider Bacher.**

Reintrieb im Landtag.

Berlin, den 30. September 1925. Bei der Beratung des Entwurfs zur Vereinfachung der Verwaltung der hohenzollernischen Lande, der eine andere Zusammenlegung von Oberamtsbezirken anordnet, kam es heute zu einer scharfen persönlichen Auseinandersetzung zwischen dem Zentrum und dem deutschnationalen Abgeordneten Bacher. Der letztere erklärte sich mit Rücksicht auf Stimmen aus der Bevölkerung gegen den Entwurf und wünschte, daß der allgemeinen Verwaltungsreform nicht vorgegriffen werde. Im Laufe der Aussprache kam Abg. Bergmann (Ztr.) auf den Brief des Abg. Bacher zurück, der seinen Parteigenossen Sammlung von Material gegen das Zentrum empfohlen hat und konstatierte, daß es Herrn Bacher nur darauf ankomme, gegen das Zentrum zu gehen. Er wies die „Wangenkassette“ des Abg. Bacher mit Enttäuschung zurück. Abg. Bacher (Dnt.) erwiderte, daß seiner Partei solche Kampfmittel gegen das Zentrum geradezu aufgedrängt würden. Von Wangenkassette könnten nur Leute reden, die das Gesicht des Feindes hätten. Die Vorlage wurde darauf in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Reichsparteien angenommen. Darauf setzte das Haus die Beratung über den Haushalts des Verkehrsministeriums mit der Einzelbesprechung fort.

**Schlusssdienst.**

Das Kompromiß in der Entwaffnungsfrage. Berlin, 1. Oktober. Von unterirdischer Seite wird bestätigt, daß in den Verhandlungen über die Entwaffnungsfragen in der Tat „ein annehmbares Kompromiß“ zustande gekommen ist. Verschiedene Forderungen der Alliierten, wie z. B. die Auslieferung der überzähligen Gewehre, sind zugestanden worden, in anderen Punkten, wie bezüglich des Generalsstabes, der Umstellung der Industrie, ist es zu Kompromissen gekommen. Bezüglich der Schulpolitik hat man sich dahin geeinigt, daß anstatt der geforderten Entlastung von 30000 Mann, vorläufig keine Neueinstellungen erfolgen sollen.

**Die Länder und der Schulgesetzentwurf.**

Frankfurt a. M., 1. Oktober. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ haben sich auf der Leipziger Schulkonferenz sämtliche Länder mit Ausnahme von Bayern und Mecklenburg-Schwerin in einer Entschließung gegen den Reichsschulgesetzentwurf ausgesprochen und die Vorlegung eines neuen Entwurfs gefordert. Eine österreichisch-deutsche Polarexpedition. Wien, 1. Oktober. Nach einer Meldung des „Neuen Wiener Tagblattes“ soll nach jahrelangen Vorarbeiten technischer und wirtschaftlicher Art in Wien in der nächsten Zeit eine reichsdeutsch-österreichische Nordpolarexpedition ihre Ausrichtung beginnen. Expeditionsleiter ist Ingenieur Wilhelm Rüttscha. Die Expedition wird im nächsten Frühjahr von Hamburg aus ihre Ausreise antreten. Man rechnet mit einer Dauer von drei Jahren.

**Handelsteil.**

Berlin, den 30. September 1925. Am Devisenmarkt waren besondere Veränderungen nicht zu verzeichnen. Norwegische Valuta etwas gehoben. Am Effektenmarkt blieb die Stimmung bei abermals stillem Verlauf zumeist freundlich. Teilweise trat eine Abmilderung ein. Am Produktmarkt bewegte sich das Geschäft wieder in engen Grenzen. Die Forderungen für ausländisches Getreide lauteten unverändert. Die Mühlen setzten sich bei Anschaffungen sehr wäherlich. Futtermittel hatten lediglich Bedarfscharakter bei unveränderten Forderungen. Desfaaten wenig beachtet.

**Warenmarkt.**

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Desfaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 200-205. Roggen Märk. 146-150. Sommergerste 206-230. Wintergerste 169-174. Hafer Märk. 171-177. Mais loco Berlin. Weizenmehl 27,25 bis 31. Roggenmehl 21,75-23,75. Weizenkleie 10. Roggenkleie 9. Mais 345. Weizenmehl. Viktoriabohnen 26 bis 31. Kleine Speisebohnen. Futterbohnen 21-24. Kichererbsen. Ackerbohnen. Wicken 23-26. Lupinen blaue. gelbe. Seraballa. Napsbohnen 15. Lentilchen 21,50. Trockenbohnen 11,20. Sojabohnen 20. Torfmelasse 30-70. Kartoffelflocken 16.

**Schlachtviehmarkt.**

(Amtlich) Bericht vom 30. September. Auftrieb: 1603 Rinder (darunter 326 Bullen), 384 Ochsen, 899 Kühe und Färsen, 2074 Kälber, 5975 Schafe 11377 Schweine, 50 Ziegen, 425 ausländische Schweine. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichspfennigen: Ochsen: 1. vollfleischige ausgewästete 56-60, 2. vollfleischige ausgewästete im Alter von 4-7 Jahren 50-53, 3. junge fleischige, nicht ausgewästete 43-46, 4. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 38-41. Bullen: 1. vollfleischige ausgewästete 54-57, 2. vollfleischige ausgewästete jüngere 47-50, 3. mäßig genährte jüngere und ungenährte ältere 41-45.

Färsen (Kalben) und Kühe: 1. vollfleischige ausgewästete 44-50, 2. ältere ausgewästete Kühe 33-40, 3. mäßig genährte Kühe und Färsen 25-29, 4. geringe Kühe und Färsen 20-23. Germa genährtes Jungvieh (Kreuzer): 1. Kälber: 1. Doppeltender feiner Maß 97-100, 2. Maßfärsen 92-100, 3. mittlere Maßfärsen 80-90, 4. geringe Maßfärsen und gute Saugkühe 75, 5. geringe Saugkühe 65-60. Schafe: 1. Sauglammflämmer und jüngere Sauglammflämmer 24-30, 2. ältere Hammel und gut genährte jüngere Sauglammflämmer 24-30. Schweine: 1. fette, über 3 Zentner Lebendgewicht 2. vollfleischige von 240-300 Pfund und 3. fleischige von 200-240 Pfund 92-95, 4. mäßig genährte 100-200 Pfund 88-91, 5. vollf. von 120-150 Pfund 81-86, 6. unter 120 Pfund. Flegeln: 20-25. Wärfelber Laif: Rinder und Kühe ruhig, Schafe und Schweine ruhig. Schwere, fette Hammel 20-25.

**Vokales.**

Gedenktafel für den 2. Oktober. 1839 \* Der Maler Hans Thoma in Bernau (Kreis Ostpr. Posen) 1818. Die Engländer eroberten Danzig 1921 \* König Wilhelm II. von Württemberg inhausen (\* 1843). Sonne: Aufgang 6,0, Untergang 5,30. Mond: Aufgang 6,15 N., Untergang 4,45 N.

**Der alte Birnbaum.**

Der Herbstwind macht Halt vor ihm. Seine gute Freunde gepodert. Anrord der eine, die andere, kratztropfend beide. Jedes Jahr trug er gute Frucht, der alte Birnbaum. Süß und saftig war seine Gende, von allen Seiten, auch von unbereuenen; im Licht des Abends und am Morgen klangen die süßigen Gassenböden die flobigen Birnen. Mand gelung's, manch anderem nicht. Die glame Mitter sein überall. Geuer freit er, der alte Birnbaum. Zwar wie sonst kein grünes, nun schon von herbstlichen Braun durchsetztes Raubgewand im Sonnenlicht diese Herbstesonne kann nicht gutmachen, weil die Maifrost verdarb. Die Blüte ist im Neuen Jahrgens erfroren, als die Sonne zu spät aufwand, der unter dem Mantel der Nacht zurückgekehrte einen lückischen Griff tat mit seiner eisefalten ins Blühen und Grünen des alten Baumes. Verwundert umschwären die Spaken die Zweige. Da ist kein Tisch gedeckt für sie. Ich habe ihn wehmütig lächeln sehen, den Birnbaum. In stillen Stunden zeigt er sein Gesicht. Er ist ein erster Geselle und sammelt in diesem aufgezogenen Auge Kraft, um im neuen Jahre reich winterlicher Lide zu trugen. Im nächsten will er die Körbe wieder mit grüner saftiger füllen. Das hat er mir versprochen.

**Seid gewarnt!**

Wie die deutsch-ungarische Handelskammer in Frankfurt mittelt, haben sich zwei Personen, Michael Seib und Eugen Solhan, beide in Budapest, nach Deutschland begeben, wofür sie in unberechtigter Weise als Beamte der deutsch-ungarischen Handelskammer ausgeben und Anzeigen für wirtschaftliches Adressbuch sammeln. Vor den Staatslern ergeht nachdrückliche Verwarnung.

**Das man einen Namen**

denburg? Beim Reichspräsidenten hatte der wuppensüchtige Bürger nachgehakt, seinen unborenen Sohne den Vornamen „Hindenburg“ geben zu dürfen. Der Reichspräsident antwortete, er hat nichts dagegen einzuwenden, daß das Baby mit „denburg“ angedeutet werde. Er ersuchte jedoch, den Eintragung des Namens „Hindenburg“ in die Adressbücher vornehmen zu lassen, da dieser Name ein mittelnname sei.

**Schweres Straßenbahnunglück in Berlin.**

Sechs Fahrgäste schwer, 34 Personen leichter verletzt. Ein folgenschwerer Straßenbahnunfall ereignete sich im Norden Berlins. Dort stieß ein ungeheurer Wucht ein Triebwagen der Linie 41 auf einen Anhänger der Linie 24.

**Durch den schweren Zusammenstoß**

wordere Plattform des Triebwagens und die hintere Plattform des Anhängers vollkommen zerdrt und ineinander geschoben.

Sechs Personen trugen erhebliche, 34 weitere Fahrgäste weniger schwere Verletzungen davon. Der schwere Unfall mag zum Teil seine Ursache darin haben, daß bei dem heuchten, nebeligen Wetter der Widerstand an den Schienen sehr gering war und die Wagen nur schwer gebremst werden konnten.

Die Direktion der Straßenbahn erklärt dazu, daß nach dem Ergebnis der von ihr angefertigten Untersuchung die Schuld des Führers des Triebwagens der Linie 41 außer Zweifel stehe.

**Aus Stadt und Land.**

Feilnahme der Tempelhof Mäuer? Der Dezernat für Gesundheitsfeindliche, das die Verlegung der Erdreiser übernommen hat, die im Gemeindefonds der Berlin-Tempelhof 310000 Mark reichten. Unter mehreren Verabstaltungen vorgenommen worden. anderem nahm man Mitglieder einer Gesellschaft in der nader-Kolonie fest, die im Besitz eines ganz neuen Werkzeuges waren. Ob der schwere Raub in Tempelhof auf das Konto dieser Bande zu setzen ist, wird die eingeleitete Untersuchung zu klären suchen.

**Das misglückte Mißi.**

Von den letzten in Berlin unter dem dringenden Verdacht der Verhaftung verhafteten beiden Bettlern war jegliche Beweismittel mit einem der Brandlegungsfälle einem befristet worden. Die beiden Männer wurden ein Mißbehagen anzutreten, der jedoch völlig misglückt ist. Sie sind, da sich der Verdacht gegen sie vermindert hat, nunmehr dem Untersuchungsrichter übergeben.



Trotz dieser Verhaftungen ist in Berlin die letzte Tage verfloßen, ohne daß nicht neue Verhaftungen stattgefunden hätten. Am Durchschnitte täglich um bis drei neue Verhaftungen...

**Auf der Spur eines schweren Verbrechens?**  
Eine Verbindung aus Stolp (Pommern) besaß, die in benachbarten Waldmännern fast mehr als 1000 Hektar ein Fleischermeister vermischt. Tags zuvor wurde der fleischer eine größere Summe beim Fleischer beschlagnahmt. Man vermutet umföhr ein Verbrechen, als auch ein anderer Fleischer, der zuletzt in seiner Begleitung gesehen wurde, verschwinden ist.

**Angst vor der eigenen Courage.** In Swinemünde laute sich ein junges Mädchen aus Düsselberg ein Derzeler, um sich das Leben zu nehmen, indem ein derartiges Selbstmordinstrument gar nicht einzuwirken scheint, um sich in eine andere Welt zu begeben. Trotz alledem gab die Lebensmüde einen Schuß ohne sich jedoch zu verletzen. Das Drolligste bei der Derzeler Komödie aber war, daß der blöde Knall die „Schloßmordlandbärin“ in Ohnmacht versetzte, um sich zu lassen. Nach bebender Ohnmacht sah man die Lebensbedürftige nach ihrer Heimat ab.

**134 Schmitzlinge.** Die Bürgermeister werden auf die Ausföhrung der zurzeit ungelösten Bürgermeisterei in Grottkau (Schlesien) kommen nicht weniger als 154 Wöddern ein, und unter anderem von mehreren früheren Bürgermeistern, etwa fünfzig Magistratsrätern und Dozenten, zwei Offizieren, zwanzig Doktoren der Medizin, zehn Referendaren, zwei Regierungsräten, je einem Kaufmann, einem Polizeileutnant und einem Oberförster a. D., sowie mehreren Kreisrättern und Volkswirtschaftlern.

**Verföhrungsbeitrag.** Vor dem Schwurgericht in Opatowitz ein Bergmann unter der Anklage der Brandstiftung und des Verföhrungsbeitrages. Der Angeklagte reichte indes nicht aus, um den Angeklagten der Brandstiftung zu überföhren, zumal der Angeklagte entschuldete jede Schuld abstreift. Dagegen erfolgte seine Verurteilung wegen Verföhrungsbeitrages, und zwar zu 3 Jahren Gefängnis.

**Eine Schredensfahrt im brennenden Auto.** Unternehmen, wie man aus Ellberg (Schlesien) meldet, mehrere Personen. Während der Fahrt verlagten plötzlich die Bremsen des Wagens und im Nu brach im Inneren des Autos Feuer aus. Inmitten dieser entsetzlichen Situation gelang es der Besatzung, die entsetzlichen Situation zu verlassen, indem sie Sandhaufen zu machen. Glücklicherweise konnte dann das Feuer gelöscht werden, bevor einer der Insassen ernstere Schäden genommen hatte.

**Da er ihm die Hand seiner Tochter verweigerte.** In Opatowitz ein Kaufmann auf einen Kaufmann in zwei Kugeln ab, die den Großknecht schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzten. Der Kaufmann brachte sich ebenfalls einen Schuß bei, an dessen Folgen er im Krankenhaus verstarb.

**24 000 Mark Strafe für Steuerhinterziehung.** In Halberstadt wurden ein Rechtsanwalt und ein Kaufmann in der Berufungsinstantz wegen Steuerhinterziehung zu je 12 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der erste Termin waren beide Angeklagte freigesprochen worden.

**„Salbierter Hundsperr.“** Nicht drollig lieft es sich, was man aus Peine berichtet. Die Pöngsreihe der Radbarortschaft Woldorf zu zwei deutschen Staaten, nämlich zu Preußen und Braunschweig, hat den sehr sonderbaren Zustand hervorgerufen, daß über einen Teil des Dorfes die Hundsperr verhängt ist, während im anderen Teil die Hunde frei umherlaufen können. Die preußischen Gebötte unterliegen der Sperr, die braunschweigischen dagegen nicht. Delsburg ist ringsum von preußischen Dörfern umschlossen, in denen überall die Hundsperr besteht, während der Mittelpunkt Delsburg jedoch frei von der Sperr ist. Die preußischen Vierbeiner brauchen also, wenn ihnen die Folter der Sperr zu lange dauert, nur einen großen Hopps über die Grenze zu machen, und ihnen haben sie weitlich Gelegenheit, die Freiheit in vollen Zügen zu genießen.

**Dem Schafott verfallen.** Wegen eines 25 Jahre alten Knichts aus Seeste erkannte das Schwurgericht in Münster auf Todesstrafe. Der Knicht hatte, wie er erklärte, von Eiferhitz getrieben, eine Magd mit einem Hammer niedergeschlagen.

**Wegen wiederholter Milchfälschung** wurde vom Gericht in Schwerte (Westfalen) ein Milchhändler auf einen Monat ins Gefängnis geschickt. Außerdem erkannte man auf Veröffentlichung des Urteils in der Presse.

**Ein Geisteschwacher als Meineidsankstler.** Wie unbedacht heutzutage alle möglichen Eide geschworen werden, bewies wieder einmal eine Verhandlung vor dem Bochumer Schwurgericht, wo gegen ein Ehepaar aus Neulinghausen verhandelt wurde, das sich von einem Geisteschwachen zum Meineid hatte verleiten lassen. Es erhielt jeder der beiden Ehegatten eine Jugendstrafe von einem Jahr. Beide Angeklagte nahmen die Strafe sofort an.

**Die Meläus ist in drei Weinbergspartellen bei Walsheim im festgelegt worden.** Von den Behörden wurden schleunigst umfassende Vorsichtsmaßnahmen veranlaßt.

**Mit dem Auto in den Redar.** Einer Mannheimer er Befehle zufolge geriet zwischen Ladenburg und Wiesheim das Auto eines Veröhrungsleiters aus Mannheim infolge des Nebels in den Redar, wobei der Sohn des Besitzers, der das Auto steuerte, ertrank. Die beiden anderen Insassen des Wagens, der Vater und die Schwester des Verunglückten, hatten den Redar vorher verlassen. Das Auto ist in der Nähe des Redarankers im dichten Nebel auf den Seitenweg zum Redarvorland geraten und beim Anfahren in den Redar gestürzt. Das Auto liegt etwa 10 Meter vom Ufer entfernt im Wasser.

**Beim Wöddern niedergeschossen.** In der Gegend von Milingen (Hessen) beobachtete ein Förster auf einem Kontrollgang einen Wödder, der auf Hagen darsaß. Auf Anruf Leate der Wödder auf den Förster an. Dieser machte von seiner Schutzwaße Gebrauch und erschöß den Wödder, der als ein 20-jähriger Arbeiter aus Cronberg festgelegt wurde.

**Wahrscheinlich durch Verschulden einer Transmiffion in Brand geraten.** In der Gegend von (Rheinpfalz) die Spülmühle, eine der größten Mühlen der dortigen Gegend. Die gesamten Wödder der Mühle sind mit den ganzen Erntevorräten dem riesigen Brande anheimgefallen. Eine freiwillige Sanitätskolonne brachte die zum Teil stark darnieder liegenden Hausbesöhrer in das südliche Kranzhaus.

**Von einem großen Schadenfeuer in Höhe geteet** wurde bei Kartärschen das Gasthaus „Maintaler Hof“. Von den vorhanden gewesenen 30 Zimmern konnte nur ein einziges ausgeräumt werden. Alles übrige ist in den Flammen gegangen. Die Angefallenen des Hauses konnten sich in großer Not in Sicherheit bringen. Das Gasthaus war im Jahre 1898 von Hofprebiger Dr. Stöcker erbaut worden.

**Neuentdecker Sprudel im Zaunus.** In Eisenberg bei Frankfurt (Main) wurde durch Zufall ein neuer Sprudel ausfindig gemacht. Sofort vorgenommene Messungen ergaben, daß die Quelle eine Leistung von 20 bis 25 Liter pro Sekunde aufweist. Die Wasserföhrung pro Stunde würde daher 72 000 Liter betragen, was eine Tagesleistung von 1 728 000 Liter bedeutet. Es konnte bereits ein starker Schwefelhalt, sowie Salzhaltigkeit und Kohlenföhrerföhrung festgestellt werden.

**Das Hotel der Langbeinigen.** Da in America ein Hotelbetten nur höchstens 1,75 Meter lang zu sein brauchen, ist sehr in New York ein Hotelbesöhrer auf die Idee verfallen, fünfzig Gastzimmer mit 2,20 Meter langen Betten auszurüsten, um sich in die langbeinigen Gäste zu sichern. Ebenso hat er die auch entsprechend höher machen lassen. Schließlich sind auch die Wöddervannen, die Spiegel, die Vasegefäße und dergleichen diesen „hohen Herrschaften“ angepaßt worden.

**Zentralverband der Kriegsbeschädigten u. Kriegshinterbliebenen Ortsgruppe Spangenberg**  
Sonntag mittag 2 Uhr findet im Ratsteller eine **Versammlung**  
Katt. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.  
Der Vorstand.

**Aus der Heimat**

Spangenberg, den 1. Oktober 1925.

**Neuer Roman.** Es ist uns gelungen, einen prächtigen Roman zu erwerben „Das große Grauen“, Roman von S. A. v. B. u. n. Der Roman ist packend bis zum Ende geschrieben und fesselt bis zur letzten Zeile. Mensch und Landschaft leben im Rahmen der ergreifenden, spannenden Handlung.

**Ermächtigung der Wechselsteuer.** Die Wechselsteuer ist, was in Geschäftskreisen noch nicht allgemein bekannt und beachtet zu sein scheint, seit dem 1. September ds. J. auf die Hälfte der bisherigen Sätze ermäßigt und beträgt daher jetzt für je 100 R.-M. Wechselsumme 0,10 R.-M. bei über drei Monate Verfallzeit 0,20 und bei über 1 Jahr Verfallzeit 0,30 R.-M.

**Wegfall des holländischen Pöhvissums.** Das „Allgemeine Handelsblatt“ vernimmt aus gutunterrichteter Quelle, daß die niederländische Regierung der deutschen vorgeschlagen habe, ab 1. Januar 1926 im gegenseitigen Verkehr den Bismuzzwang wegfällen zu lassen.

**Einlandszölle für Danzig.** Ueber die zur Einreise in das Gebiet der freien Stadt Danzig nötigen Ausweispapiere herrscht nicht nur in der Döffentlichkeit, sondern auch bei den Behörden die falsche Auffassung, daß zur Einreise lediglich der Personalausweis genüge. Die Erfahrung hat indessen gelehrt, daß die Einreise nur mit gültigem Auslandspaß möglich ist.

**Die Ein- und Ausfuhrverbote nach dem 1. Oktober.** Die Verordnungen, die die Ein- und Ausfuhrverbote mit wenigen Ausnahmen beseitigen, werden jetzt im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Das Einfuhrverbot für Polen bleibt naturgemäß bestehen, bis mit Polen eine Verständigung über die wirtschaftlichen Fragen erzielt ist. Außerdem sind der Schweiz gegenüber einzuweisen noch einige Waren von der Freigabe der Einfuhr ausgenommen worden. Frankreich gegenüber bleibt das Einfuhrverbot für Zeeferden bestehen. Im einzelnen bleiben unter Einfuhrverbot u. a. Kobaliummin, Kohlen und andere fossile Brennstoffe, belichtete Kinostoffe, Bleiweiß, Morphin, Fichtenästen, Branntwein aller Art außer Nat und Rum. Der Schweiz gegenüber verbleiben unter Einfuhrverbot Margarine, pflanzliche Talg zum Genuße geeignet, Margarinölse und Kunstseifensteine, Frankreich gegenüber Amulfarbstoffe, Indigo, Karmin usw. Die Verordnung über Ausfuhrverbote hält nur die Ausfuhrverbote aufrecht für die statistischen Ausfuhrnummern 153a-f, also Felle und Häute zur Lederbearbeitung, Hasenfelle roh, Kaninfelle roh, Knochen roh, Steintohlenroßter, Bruch- und Altsisen.

**Mineralwasser steuerfrei.** Durch einen gemeinsamen Runderlaß des preußischen Innenministers und des Finanzministers wird auf Aenderungen aufmerksam gemacht, die nach § 3 Nr. 6 des Reichsgesetzes über

Aenderung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden hinsichtlich der letzten zur Besteuerung und Gemeindefürsorge von Getränken eintreten. Hierdurch dürfen die Gemeinden und Kreise den örtlichen Verbrauch von Mineralwässern und künstlich zubereiteten Getränken vom 1. Oktober an nicht mehr besteuern. Getränke vom 1. Oktober an nicht mehr besteuern. Getränke vom 1. Oktober an nicht mehr besteuern. Getränke vom 1. Oktober an nicht mehr besteuern.

**Schwag.** Mit dem Wöddelwagen durch Deutschland. Ein interessantes Schauspiel bot sich am Dienstag großen Abend in den Hauptstraßen unserer Stadt. Zwei große, muskulöse Männer zogen einen Wöddelwagen. Es handelt sich dabei um die Auffstellung eines Weltrekordes durch den Deutschen Athletenbund. Die beiden Athleten sind vor 11 Wochen in Pörsheim (Baden) mit ihrem Wöddelwagen, der als Wohnwagen eingerichtet ist und 1090 Kilogramm wiegt, aufgebrochen und wollen eine Strecke von insgesamt 1500 Kilometern durch Deutschland zurücklegen. Von hier aus haben sie Richtung auf Leipzig genommen, wo sie nach einigen Wochen einzutreffen hoffen. Ihnen sollen für ihre mühevolle Arbeit 150 000 Mark winken. Was sie erklärten, war ihr Weg durch das Ruhr- und Wuppertal besonders schwierig.

**Rassau.** In Ragenfurt überfuhr ein fremder Kraftwagen ein Schwein. Es gab eine Auseinandersetzung zwischen dem Schwein- und Autobesöhrer, die mit der Zerstümmung der Autoscheibe endete. Darauf ergreift der Automann, als noch mehr Dorfleute hinzulamen, und aktiv sich an dem Streit beteiligen wollten die Frau und hatte dabei das Pech, daß er am Dorfausgang noch ein Schwein überfuhr und tötete.

**Gleina.** Aus dem Zuge sprang zwischen Kleinjena und Naumburg ein Strafgefangener, den ein Justizwachmeister nach dem Naumburger Gefängnis zurückbringen sollte. Obwohl der Gefangene an beiden Händen gefesselt war, entkam er im nahe Wald.

**Niederspiz.** Die von hier gebürtige Ehefrau Kaiser wollte morgens mit dem 8,08 Uhr in Richtung Erfurt abgehenden Zuge noch mitfahren und überschritt nach Durchstreichen der heruntergelassenen Schranke die Eisenbahngleise. Im selben Augenblick kam der Zug herangebraust, von dem die Frau erfaßt und buchstäblich zermalmt wurde. Die Verunglückte kam sofort tot.

**Erfurt.** Zu einer erregten Szene kam es in der letzten Stadterordnetenversammlung. Als auf eine Anfrage von kommunistischer Seite, aus welchen Mitteln der Bierabend anlässlich des Einzuges des Reiterregiments bezahlt wurde, der Oberbürgermeister die Auskunft verweigerte, wurde der betreffende kommunistische Stadterordnete in seinen weiteren Ausführungen gegen den Magistrat so ausfallend, daß dieser geschlossen, bis auf die beiden kommunistischen Mitglieder den Sitzungssaal verließ.

**Vergeßt den Bäcker nicht!**

Ein schauerliches „Denk daran“! In eine seltsame Ueberlieferung wurden dieser Tage Richter, Geschworene und Zuschauer im Benninger Schwurgerichtssaal erinnert, als in einem Falle wegen Mordes die Geschworenen nach kurzer Beratung die Schuldfrage bejaht hatten. Da ging mit einem Male die Tür zum Gerichtssaale auf und zu aller Ertaunen erschien ein vollkommen schwarz gekleideter Mönch, der stumm und feierlich zum Richterisch heranschrift.

Dort kreuzte er die Arme vor der Brust und verneigte sich tief und stumm. Dann lang es wie mit Stadesstimme: „Vergeßt den Bäcker nicht!“

Diese Zeremonie erinnert an einen alten Brauch: Es hatte sich nämlich vor langer Zeit einmal ereignet, daß ein Schwurgericht einen Bäckergesellen unschuldig verurteilt hatte. Der Mann war bereits um einen Kopf kürzer gemacht, als sich seine Unschuld herausstellte. Die Richter konnten ihn zwar nicht mehr lebendig machen, aber es bildete sich alsbald der Brauch heraus, daß regelmäßig, wenn die Geschworenen in ihrem Wahrpruch die Schuldfrage bejahten, in der eingangs geschöhrbten Form die Richter nochmals eindringlich auf die Gefahr eines Fehlspruches hingewiesen wurden.

**Das malerische Locarno.**

Der Tagungsort der Sicherheitskonferenz. Am nächsten Montag wird in dem im schweizerischen Kanton Tessin gelegenen Städtchen Locarno die Sicherheitspakt-Konferenz zusammenzutreten, zu der auch Deutschland seine Vertreter entsenden wird.

Locarno zählt rund 4500 Einwohner und ist an der Mündung der Maggia, am oberen Ende des Lago Maggiore, gelegen. Nur wenige geschöhrliche Erinnerungen wehen den Fremden, der sich hier aufhält, an. Nach Bariat und Bevölkerung rein italienisch, ist es als Winterkurort wegen seines milden Klimas viel besucht. Den schönsten Blick auf den Lago Maggiore, die malerische alte Stadt und ihre herrliche Umgebung bietet die berühmte Wallfahrtskirche Madonna del Sasso, die sich dicht hinter Locarno auf einem steilen Felsen, 154 Meter über dem See erhebt. Schon 789 urkundlich erwähnt, stand es im Mittelalter unter der Herrschaft veröddener Wöddengeschlechter, kam 1340 an Mailand und wurde 1512 an die Eidgenossenschaft abgetreten. Allmählich aber ging sie an Bedeutung zurück.

Die prachtvolle Lage Locarnos ist noch besonders typisch durch seine amphitheatralische Einzwängung zwischen Berg und See. Sein Spröge ist durchaus italienisch. Locarnos Hauptkirche ist im Jahre 1674 im Barockstil erbaut. Außerdem sind ein Kapuziner- und Ursulinerinnenkloster, des weitern der ehemalige Regierungspalast, ein altes Schloß der Langobarden, und noch eine Reihe kleinerer Sehenswürdigkeiten vorhanden.



